

"Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung": politische Steuerung der Generativität in postnaturalen Zeiten

Kahlert, Heike

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kahlert, H. (2008). "Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung": politische Steuerung der Generativität in postnaturalen Zeiten. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 2288-2301). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-152013>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

»Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung« – Politische Steuerung der Generativität in postnaturalen Zeiten

Heike Kablert

Generativität als Problem in schrumpfenden Gesellschaften

Spätmoderne Wohlfahrtsgesellschaften sind »postnaturale Gesellschaften« (Giddens 2001: 58), in denen die »Natur« menschlich kontrolliert wird und nur noch in Form von »gestalteter Umwelt« bzw. »vergesellschafteter Natur« existiert. Mit dem Ende der Natur geht auch das Ende der »natürlichen« Geschlechterdifferenz einher und mit ihr die Ablösung der Sexualität von ihrer Fortpflanzungsfunktion. Die Frage der Generativität ist zu einer durch und durch vergesellschafteten Frage geworden, mit der momentan heiß diskutierten Folge, dass in allen westlichen Wohlfahrtsgesellschaften die Geburtenraten – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – sinken und die Bevölkerung schrumpft. Damit ist die Politik auf den Plan gerufen.

In Deutschland ist die Familienpolitik (wieder) in das Zentrum der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen gerückt: »Was wir brauchen, ist eine *nachhaltige Bevölkerungsentwicklung* für unser wirtschaftliches Wachstum und für die nachhaltige Stabilisierung der Grundlagen sozialer Sicherheit.« (Bundesregierung 2006: 21, Herv.i.O.) Mit diesem Satz aus der Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht bringt die Große Koalition ihre aktuelle familienpolitische Ausrichtung zum Ausdruck und kündigt einschneidende Veränderungen im Regierungshandeln an: Deutschland soll »bis zum Jahr 2010 zu den familienfreundlichsten Ländern Europas aufschließen« (Bundesregierung 2006: 7).

Im Folgenden richte ich unter Rückgriff auf familienpolitische Dokumente und Verlautbarungen einen ungleichheitssoziologisch und institutionentheoretisch inspirierten Blick auf die aktuelle Diskussion zur politischen Steuerung der Generativität in Deutschland und arbeite dabei insbesondere das Erstarken bevölkerungspolitischer Argumente heraus.¹ Das neue deutsche Politikkonzept der »nachhaltigen Familienpolitik« ist, wie ich erstens zeigen werde, pronatalistisch ausgerichtet. Pronatalismus verstehe ich in Anlehnung an Anne Hélène Gauthier (1996: 203) als aktive

¹ Dieser Beitrag basiert wesentlich auf meinem Aufsatz »Demographische Frage, »Qualität« der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet«, der 2007 in der Zeitschrift *Prokla*, Jg. 37, H. 1, Nr. 146, S. 62–75, veröffentlicht wurde.

Geburtenförderung, die Programme des Mutterschaftsurlaubs«, die Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen und finanzielle Unterstützungen für Familien in den Vordergrund des familienpolitischen Handelns stellt. Damit sollen Fertilitätshindernisse, insbesondere in Gestalt der strukturellen Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, reduziert werden. Zweitens werde ich darlegen, dass sich die pronatalistische Orientierung der »nachhaltigen Familienpolitik« explizit mit dem Ziel der Sicherung bzw. Steigerung der »Qualität« der Bevölkerung verknüpft. Dem Konzept zufolge soll die Geburtenförderung in Deutschland sozial differenziert erfolgen. Adressatinnen von herausragendem Interesse sind für sie die hoch qualifizierten Frauen. Die damit scheinbar sukzessive näher rückende Verwirklichung der Frauenemanzipation beziehungsweise eines egalitären Geschlechterverhältnisses zumindest für die besser Verdienenden ist jedoch, so mein dritter Argumentationsschritt, lediglich eine Nebenfolge der kindzentrierten familienpolitischen Anstrengungen. Zwar pflegt die »nachhaltige Familienpolitik« auch eine gleichstellungsorientierte Rhetorik, misst dem Gleichstellungsziel faktisch jedoch allenfalls nachrangige Bedeutung zu. Im abschließenden Ausblick wird die pronatalistische Familienpolitik als Versuch des »Korrigieren und Transformierens« der in Deutschland gegenwärtig realisierten sozialen Praxis der Generativität problematisiert.

Die »Natur« der Familie als Gegenstand politischer Steuerung

Die Familienpolitik gehört zu den Bereichen des politischen Felds, auf dem die »Naturalisierung des Sozialen« und die »Sozialisierung und Kulturalisierung der Natur« zusammenprallen, denn, so der *Call for Papers* zu dieser Veranstaltung, in den Einrichtungen der Sozialisation und Tradierung treffen sechs institutionelle Weisen, sich in ein Verhältnis zur Natur zu setzen, unmittelbar aufeinander: Zähmen und Schützen, Kanalisieren und Regulieren, Korrigieren und Transformieren (vgl. Sektion o.J.).

»Naturalisierung des Sozialen« heißt in Bezug auf die Familie, dass diese als »natürliche« menschliche Lebensform angesehen wird, und zwar in Gestalt eines spezifischen Generationenverhältnisses, dessen »natürliche(s) Zentrum« die Kinder sind (Kreisky o.J., Herv.i.O.) und in Gestalt eines spezifischen Geschlechterverhältnisses, in dem die familiäre Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern gemäß ihrer vermeintlich naturgegebenen Sozialcharaktere klar geregelt ist – die Frau ist dank ihrer »natürlichen« Fürsorglichkeit primär für die Haus- und Sorgearbeit und der Mann dank seiner »Natur« primär für den Broterwerb zuständig (Hausen 1976; Schwinger 1997). Und ebenso »natürlich« scheint es, dass Mann und Frau eine

heterosexuelle Paarbeziehung bilden, in der sie ihren »natürlichen« generativen Aufgaben nachkommen.

Ideen-, sozial- und politikgeschichtliche Forschungen zeichnen jedoch überzeugend nach, dass diese Form der (bürgerlichen) Familie eine sozial und politisch konstruierte Institution des 18. Jahrhunderts ist, die sich Eva Kreisky und Marion Löffler (2003) zufolge als »(quasi-)natürliche« Form sozialen (geschlechtshierarchischen) Zusammenlebens von der »un-natürlichen«, künstlich geschaffenen Form politischen Zusammenlebens vermeintlich abzuheben schien. Der künstliche »Leviathan« Staat habe seine Existenz nur dadurch rechtfertigen können, dass auch er auf »natürlichen« Fundamenten ruhte. Diese sollte die Familie bereitstellen, die sozialen und politischen Interessen folgend als »natürliche« und private Institution konstruiert wurde. Darin besteht auch die »Sozialisierung und Kulturalisierung der Natur« in Bezug auf die Familie: Die Familie ist nämlich für den Staat und seine politischen Institutionen von hoher Relevanz, stellt sie doch seine »natürliche« Grundlage bereit – schließlich wird sie auch als »Keimzelle« des Staates bezeichnet.

In Zeiten einer als problematisch erkannten Bevölkerungsentwicklung liegt es auf der Hand, dass die Bedeutung der Familienpolitik wächst und der Staat Versuche unternimmt, die Generativität politisch zu steuern:

»Das einzelne Individuum mag keine Kinder ›brauchen‹, die Gesellschaft benötigt sie aber. Das Individuum ist ökonomisch nicht auf seine Fortpflanzung angewiesen, wohl aber der Staat bzw. die Gesellschaft, um die negativen ökonomischen Effekte einer Bevölkerungsschrumpfung bezüglich des wirtschaftlichen Wachstums (...) zu vermeiden und die Bestandserhaltung der sozialen Sicherungssysteme zu schützen.« (Rürup/Gruescu 2003: 58)

Das Beispiel der »nachhaltigen Familienpolitik« zeigt, dass sich die politischen Steuerungsversuche nicht nur auf quantitative, sondern auch auf qualitative Aspekte beziehen.

»Nachhaltige Familienpolitik« – zur Karriere eines neuen Politikkonzepts

Die Familienpolitik hat seit dem Wahlkampf 2002 »einen zentralen Stellenwert« (BMFSFJ 2005) im Regierungshandeln bekommen – unabhängig von der Couleur der Regierenden. Dieser Bedeutungszuwachs geht mit ihrer Neuausrichtung »an bevölkerungspolitischen Erfordernissen« (BMFSFJ u.a. 2004: 19) einher:

»Familienpolitik wurde in Deutschland (...) bisher überwiegend als finanzielle Unterstützung von Familien verstanden – die Entwicklung der Bevölkerung spielte weniger eine Rolle. (...) Inzwischen setzt sich das Bewusstsein immer mehr durch, dass eine ›bevölkerungsorientierte

Familienpolitik« die Geburtenrate wieder steigern könnte. Ziel dieser Überlegungen ist es, Familien nicht mehr ausschließlich materiell zu fördern, sondern die Bedingungen für das Kinderkriegen allgemein zu verbessern.« (BMFSFJ u.a. 2004: 8)

Angesichts der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik stellt die in diesen neueren programmatischen Dokumenten aufscheinende pronatalistische Ausrichtung in der Familienpolitik aus westdeutscher Sicht einen Tabubruch dar; aus ostdeutscher Sicht hingegen ist sie vertraut, denn auch die DDR betrieb eine aktiv geburtenfördernde Politik. Zentrale Anstöße zum Aufstieg des Pronatalismus in der gesamtdeutschen Familienpolitik gaben Endberichte politischer Kommissionen, vor allem der Enquête-Kommission »Demographischer Wandel« (Deutscher Bundestag 2002) und der »Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme« (BMGS 2003), letztere besser bekannt als Rürup-Kommission.

Sollten die Berichte der Regierungskommissionen dafür sensibilisieren, dass der deutsche Sozialstaat aufgrund der alternden Bevölkerung an seine Leistungsgrenzen stoße und der Generationenvertrag nicht mehr funktioniere, so suggerierte die zeitgleich vorgelegte »PISA 2000«-Studie zudem, dass die »Qualität« des Humankapitals der ohnehin knapper werdenden Heranwachsenden allenfalls als mittelmäßig einzuschätzen sei: In internationalen Vergleichsuntersuchungen der OECD zum Leistungsstand von Schülerinnen und Schülern hatten die deutschen Jugendlichen im Hinblick auf die getesteten Kompetenzen vergleichsweise schlecht abgeschnitten und etwa in der Lesekompetenz nur den 21. Platz (von 32) belegt (vgl. Deutsches PISA-Konsortium 2001). Der »PISA-Schock« (Oestreich 2005: 11) und die sich abzeichnende Überalterung der Gesellschaft machten darauf aufmerksam, dass die erreichte wirtschaftliche Position Deutschlands im Weltgefüge wie auch das erreichte Niveau der sozialstaatlichen Sicherung in Gefahr seien (vgl. Kaufmann 2005).

Konturen der »nachhaltigen Familienpolitik«

Das Konzept der »nachhaltigen Familienpolitik« wird mit Unterstützung sozialwissenschaftlicher Politikberatung entwickelt – vor allem in Gestalt des Volkswirtschaftlers und »Wirtschaftsweisen« Bert Rürup sowie des (Familien-)Soziologen Hans Bertram, die beide den Vorsitz zentraler Kommissionen der Bundesregierung innehatten und für diese Wegweisende Expertisen zur Familienpolitik erstellten.

Laut Bert Rürup und Sandra Gruescu verfolgt die »nachhaltige Familienpolitik« zwei konkrete Ziele: erstens »eine ausreichende Kinderzahl, die der Alterung der Gesellschaft entgegenwirkt« und »durch eine Erhöhung der Geburtenrate zu einer

langfristig stabilen Bevölkerung führen kann«, und zweitens »eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigenquote, um das Erwerbspersonen- und Fachkräftepotenzial (...) auch kurzfristig« zu erhöhen beziehungsweise zu stabilisieren (Rürup/Gruescu 2003: 7, 56, Herv.i.O.). Den sowohl kurz- wie langfristigen Zielsetzungen entsprechend plädieren Rürup und Gruescu (2003: 76) für einen »Policy-Mix«, der eine Kombination aus einem einkommensabhängigen Elterngeld sowie einem flächendeckenden, flexiblen und qualitativ hochwertigen Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten – auch für Kinder unter drei Jahren – und einer Flexibilisierung starrer Arbeitszeitmuster vorsieht und von Bertram und Mitarbeiterinnen näher als »Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik« (Bertram u.a. 2005: 1) ausgearbeitet wird. Der von Rürup und Gruescu entworfene Maßnahmenkatalog spiegelt detailgenau die eingangs als pronatalistisch charakterisierte Politikorientierung in Gestalt von finanzieller Unterstützung von Familien, Kinderbetreuungseinrichtungen und anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wider. Hinzu kommt die Weiterung der zeitpolitischen Dimension um eine politisch vorzunehmende Umgestaltung der Lebensläufe von Frauen und Männern im Hinblick auf die institutionelle Ermöglichung der Familiengründung, die von der Sachverständigenkommission Siebter Familienbericht – unter dem Vorsitz von Hans Bertram – entwickelt wurde (vgl. Sachverständigenkommission 2005).

Die vorgeschlagenen Maßnahmen verdeutlichen, was »Nachhaltigkeit« im Zusammenhang mit Familienpolitik meinen soll: Die Zukunft der Gesellschaft hängt demnach im Wesentlichen von der Erhöhung der Geburtenrate und der Ausschöpfung der (knapper werdenden) Humanressourcen für die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft ab. Darüber hinaus geht es darum, dass die nachwachsende Generation persönliche Fürsorge und Unterstützung für die ältere Generation übernimmt. Das Nachhaltigkeitsverständnis der ehemaligen Familienministerin Renate Schmidt verknüpfte die referierte ökonomische, familiensoziologische und demographische Expertise in geradezu idealtypischer Weise:

»Nachhaltigkeit bedeutet für Familien verlässliche Optionen zur Realisierung von Lebensplänen, die heute bei beiden Geschlechtern in hohem Maße Balancen von Erwerbsarbeit und Familie beinhalten. Nachhaltigkeit ermöglicht generationsübergreifende Lebenspläne in den Familien bei gleichzeitiger Sicherung der Ressourcen Bindung und Fürsorge. Für die Gesellschaft ermöglicht das Leitbild Nachhaltigkeit eine dauerhafte Entwicklung. Erziehung und Bildung bewahren und entwickeln unser Humanvermögen, das wiederum ökonomisches Wachstum, soziale Sicherung und Wohlstand gewährleistet. Dauerhaftigkeit bezieht sich auch auf demographische Bestandsicherung. Die Kinderwünsche liegen bei 1,8 – realisiert werden 1,3 –, hilfreich wären 1,7. Dieses Ziel ist mittelfristig erreichbar, wird in vergleichbaren Ländern auch erreicht.« (Schmidt 2005: 3)

Die mittelfristige Zielgröße für die »nachhaltige Familienpolitik« liegt somit bei einer Geburtenrate von 1,7 Kindern pro Frau – also unter der gesellschaftlichen Be-

standssicherung (2,1), aber über der in Deutschland derzeit zu verzeichnenden Geburtenrate (1,3). Im Hinblick auf die Quantität der Bevölkerung geht die Politik mit hin davon aus, den gesellschaftlichen Schrumpfungsprozess zwar durch Steuerung verlangsamen, aber nicht gänzlich aufhalten oder gar umkehren zu können.

Staatliche Intervention sucht jedoch nicht nur die Quantität der Bevölkerung, sondern über die öffentliche Bildung und Erziehung auch die »Qualität« des Humankapitals zu steuern. Im nächsten Schritt soll daher der sozialstrukturellen Dimension der pronatalistischen Ausrichtung der neuen deutschen Familienpolitik nachgegangen werden.

Pronatalismus im Zeichen der »zweiten deutschen Bildungskatastrophe«

In schrumpfenden Gesellschaften ist aus ökonomischer Perspektive die »Qualität« der Bevölkerung von wachsender Bedeutung:

»Geht man davon aus, dass das Humankapital für den technischen Fortschritt von enormer Bedeutung ist, ergibt sich aufgrund der Bevölkerungsschrumpfung ein negativer Effekt für die Quantität des Humankapitals. Somit kommt der Qualität des Humankapitals eine Schlüsselfunktion zu.« (Rürup/Gruescu 2003: 54)

Rürup und Gruescu thematisieren die »Qualitätsfrage« im Hinblick auf alternde Belegschaften. Im Blickpunkt des Bundesfamilienministeriums steht hingegen die Bildung und Erziehung der – zahlenmäßig kleineren – nachwachsenden Kohorten:

»In quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht führt der Bevölkerungsrückgang auch zu einem Rückgang des insgesamt verfügbaren Potenzials an Wissen und Fähigkeiten. Deshalb muss sehr frühzeitig in die Qualifikationen des zahlenmäßig knapper werdenden Nachwuchses investiert werden.« (BMFSFJ u.a. 2004: 16)

Die Bildungsprozesse der nachwachsenden Generation seien für die Sicherung der Zukunft des Humanvermögens von zentraler Bedeutung.

Auf das im internationalen Schulleistungsvergleich als mittelmäßig identifizierte Humankapital des »knapper werdenden Nachwuchses« hatten eindrücklich die breit diskutierten Ergebnisse der PISA-Studie zu Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern aufmerksam gemacht (vgl. Deutsches PISA-Konsortium 2001). Als besonders bemerkenswert und für die Familienpolitik besonders relevant an diesen Ergebnissen hatte sich herausgestellt, dass in keinem anderen untersuchten Land der systematische Zusammenhang zwischen familiären Lebensverhältnissen (Berufs- und Bildungsstatus sowie, getrennt ausgewiesen, Migrationshintergrund der

Eltern) so eng sei wie in Deutschland, mit der Folge, dass 22,5 Prozent der untersuchten Jugendlichen zur potenziellen Risikogruppe der schwachen Leserinnen und Leser gehörten. Angesichts dieser bildungspolitisch alarmierenden Ergebnisse wird nunmehr eine »zweite deutsche Bildungskatastrophe« (z.B. Wissenschaftlicher Beirat 2002: 20) ausgerufen, als deren Hauptprotagonist der »muslimische Migrantensohn aus der Großstadt« gilt (vgl. Geißler 2005).

Die bildungspolitischen Diskussionen in Reaktion auf die Ergebnisse der PISA-Studien nahmen und nehmen vor allem institutionelle Kontexte wie Kinderkrippen und -gärten, die vorschulische Betreuung und das Schulsystem in den Blick. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfamilienministerium hebt jedoch hervor, dass Bildung auch in den informellen Kontexten der Herkunftsfamilie und des Beziehungsgeflechts der Gleichaltrigen erfolge. Dabei komme der Familie eine »gewichtige Rolle« im Bildungsprozess (Wissenschaftlicher Beirat 2002: 41) zu. Zu Recht wird in diesem Zusammenhang betont, dass Eltern in vieler Hinsicht die ersten Lehrerinnen und Lehrer ihrer Kinder seien: Sie fördern diese vorschulisch und bereiten sie auf die Schule vor, die wiederum auf die aktive Mithilfe der Eltern angewiesen ist, wenn sie erfolgreich arbeiten will. Dabei besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Sozialschichtzugehörigkeit der Eltern und den erworbenen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler (Baumert/Schümer 2001: 372), und die elterlichen Bildungsaspirationen spielen eine gewichtige Rolle für den Bildungserfolg der Kinder. Bildungs- und Familienpolitik, so das Fazit des Beirats, müssten folglich eng aneinander gekoppelt werden.

Die demographische Frage als soziale Frage:

Bildungsungleichheiten und sozial differenzierender Pronatalismus

Weder in den PISA-Studien noch im hier zitierten Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen (der im Übrigen nur von »Eltern« spricht, statt zwischen Müttern und Vätern zu unterscheiden) geht es explizit um die demographische Frage. Doch lassen sich – wie die jüngere Entwicklung zeigt – die entsprechenden Befunde und Argumente auch bevölkerungspolitisch verwenden. Unter Berufung auf beide Quellen wendet die Bundesregierung die Forderung nach einer Kopplung von Bildungs- und Familienpolitik pronatalistisch und sozial differenzierend, indem sie insbesondere die besser gebildeten Frauen in den Blick nimmt:

»Die PISA-Studie hat für Deutschland einen im Vergleich zu anderen Ländern ausgesprochen großen Abstand der Kompetenzen von Kindern mit Müttern mit geringer Bildung zu Kindern

ausgemacht, deren Mütter sehr hoch qualifiziert sind. Dies ist umso bedenklicher, als sich ein hoher Bildungsstandard der Mutter auf die Kompetenz der Kinder positiv auswirkt und damit die Studierfähigkeit junger Menschen befördert. (...) Eine anhaltend hohe Kinderlosigkeit unter Akademikerinnen kann die bildungspolitischen Probleme weiter verschärfen und zu Engpässen beim Fach- und Führungskräfte-Nachwuchs führen.« (BMFSFJ u.a. 2004: 16)

Das Argument könnte auch so ausgedrückt werden: In Deutschland besonders erwünscht sind Kinder von hoch qualifizierten Müttern, denn der im Zusammenwirken von Familie und höherem Bildungsstandard gebildete Nachwuchs ist angesichts knapper werdender Humanressourcen von besonderem Interesse für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Zwar wird derzeit nicht zuletzt aufgrund solcher Überlegungen in Deutschland auch in die Verbesserung des öffentlichen Bildungswesens investiert, etwa in den Ausbau einer qualifizierten Ganztagsbetreuung für Kinder im Alter von eins bis sechs Jahren. Noch bemerkenswerter ist aber, dass mit dem ebenfalls zum Maßnahmenkatalog der »nachhaltigen Familienpolitik« gehörenden, zum 1. Januar 2007 von der Großen Koalition eingeführten einkommensabhängigen Elterngeld nun »eine weitere heilige Kuh deutscher Familienpolitik« geschlachtet worden ist – der Grundsatz nämlich, »dass jedes Kind dem Staat gleich viel wert sein müsse« (Siems 2004). So warnte Familienministerin Schmidt etwa in einem Interview mit dem *DeutschlandRadio Berlin* vor der »demographischen Katastrophe« und der »Bildungskatastrophe für unser Land, wenn in den bildungsnahen Schichten immer weniger oder keine Kinder geboren werden« (Schmidt/Sagenschneider 2004). Das einkommensabhängige Elterngeld zielt dementsprechend explizit vor allem auf die besser Verdienenden: Es soll die Gebär- und Zeugungsfreudigkeit hoch qualifizierter Frauen und Männer fördern, die in Deutschland bislang vergleichsweise häufig kinderlos bleiben.

Und während das Elterngeld an der Kompensation der Opportunitätskosten von Kindern vor allem für die besser gestellten Doppelverdiener ansetzt, wird in zeitpolitischer Hinsicht zugleich darüber nachgedacht, wie die hoch qualifizierten Frauen zur »frühen Mutterschaft« gebracht werden können, also dazu, bereits vor dem oder im Studium ein Kind oder mehrere Kinder zu gebären (Allmendinger/Dressel 2005: 27). Damit würde nicht nur die Generationenfolge verkürzt, sondern auch die Chance auf Mehrfachmutterschaften von Akademikerinnen erhöht – bisher gehören die hoch qualifizierten Frauen, wenn sie überhaupt Mütter werden, eher zu den »Spätgebärenden«, die ihr erstes (und nicht selten einziges) Kind ab dem 35. Lebensjahr bekommen.

Es gibt viele gute Gründe dafür, dass die vor allem in Westdeutschland noch immer problematische Vereinbarkeit von Beruf und Familie² verbessert und das in vielerlei Hinsicht als historisch überholt erscheinende deutsche Bildungssystem reformiert wird. Aus ungleichheitssoziologischer Sicht liegt ein wesentliches Politikum der »nachhaltigen Familienpolitik« jedoch in der darin aufscheinenden Verknüpfung zwischen der angestrebten Geburtenförderung und der expliziten sozialen Differenzierung, die die soziale Ungleichheit als vermeintlich »natürliche« und folglich politisch nicht zu beeinflussende Tatsache akzeptiert. Der Abbau bestehender sozialer Ungleichheiten, immerhin ja ein (einstmaliges?) Grundprinzip des Wohlfahrtsstaats, scheint also angesichts der durch den demographischen Wandel antizipierten ökonomischen und fiskalischen Bedrohungen nicht (mehr) auf der politischen Agenda zu stehen. Der pronatalistische Ansatz der »nachhaltigen Familienpolitik« hat aber auch geschlechterpolitische Implikationen, die nun etwas näher beleuchtet werden.

Der Abschied vom Ernährermodell als Nebenfolge pronatalistischer Politik

Bertram u.a. (2005: 7) fordern in ihrem Gutachten im Auftrag des Bundesfamilienministeriums, die »nachhaltige Familienpolitik« müsse so angelegt sein, dass sie unterschiedliche Lebensvorstellungen und individuelle Planungen zur Familiengründung und -erweiterung unterstütze. Dabei weisen sie unter Rückgriff auf jugend- und geschlechtersoziologische Forschungsergebnisse darauf hin, dass sich die Motive und Einstellungen junger Frauen in Bezug auf Kinder und Beruf deutlich von den männlichen Lebensentwürfen unterscheiden. Zudem stellten die jungen Frauen keine in sich homogene Gruppe dar, sondern hätten eine Vielfalt an Lebensplänen und konkurrierenden Interessen, in denen Familie und Beruf höchst unterschiedliche Bedeutung zukäme. Im Anschluss an die Präferenztheorie Catherine Hakims (2000) differenzieren sie zwischen den Lebensstilen der ausschließlichen Berufsorientierung, der Familien- und Haushaltsorientierung sowie der adaptiven Orientierung (Vereinbarkeitsmodell). Eine Familienpolitik, die diese unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen nicht reflektiert und von einer homogenen Motivlage bei allen Frauen ausgeht, würde demzufolge »kaum Erfolg haben können« (Bertram u.a. 2005: 16).

2 Dabei bezieht sich die angedeutete innerdeutsche Differenzierung vor allem auf die faktisch in Ostdeutschland aufgrund der anderen politischen Tradition noch immer häufiger vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Männer als (potenzielle) Väter erregen hingegen weit weniger Aufmerksamkeit in der »nachhaltigen Familienpolitik«. So weisen Bertram u.a. lediglich darauf hin, dass die von ihnen referierten unterschiedlichen Motivlagen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur für Frauen gälten, sondern auch für Männer, im Hinblick auf diese »im Regelfall jedoch nicht untersucht« würden (Bertram u.a. 2005: 14). Ähnlich knapp werden Männer im Gutachten von Rürup und Gruescu thematisiert, indem sie im Fazit darauf hinweisen, dass die »Ausschöpfung des »Betreuungspersonals« von Männern«³ die Erwerbstätigkeit von Frauen erhöhen könnte. Ohne aber näher auf die dafür notwendigen institutionellen und kulturellen Veränderungen einzugehen, konstatieren sie überzeugt: »Eine nachhaltige Familienpolitik ist also Kinder-, Frauen- und Männerpolitik.« (Rürup/Gruescu 2003: 75)

Faktisch handelt es sich bei der »nachhaltigen Familienpolitik« jedoch, auch entgegen anders lautender politischer (Gleichstellungs-)Rhetorik der rot-grünen wie rot-schwarzen Bundesregierung, um eine kindorientierte Politik der Geburtenförderung, die sich vor allem an hoch qualifizierte Frauen als Arbeitskräfte und (potenzielle) Mütter richtet. Das Familien- und Geschlechterleitbild der Bundesregierung und der sie beratenden Sozialwissenschaftler bleibt dabei wesentlich der traditionellen – »natürlichen« – Zuständigkeit von Frauen für die Familie verhaftet. Das im konservativen (west-)deutschen Wohlfahrtsstaatsregime über lange Zeit hinweg in der Familienpolitik erfolgte Festhalten am männlichen Ernährermodell lässt jedoch stark nach, denn das damit verbundene, traditionelle Frauen- und Familienleitbild passt nicht recht zur politisch angestrebten und ökonomisch notwendigen Steigerung der Frauen- bzw. Müttererwerbstätigkeit. Auf der politischen Agenda steht damit hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung der Geschlechter eine Orientierung am Zwei-Verdiener-Modell (vgl. Ostner 2006).

Die autonome Frauen- und Gleichstellungspolitik mit ihrer Orientierung an der Vielfalt von weiblichen Lebensentwürfen hat seit der Neuentdeckung der Familienpolitik zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung kaum noch einen Stellenwert im politischen Handeln bzw. scheint nur dann noch zu interessieren, wenn sie der Erfüllung pronatalistischer Ziele dient (vgl. Kahlert 2006) – und eine explizite Männerpolitik, die der Gleichstellung der Geschlechter in Beruf und Familie dient, ist auch in Zeiten von Gender Mainstreaming noch nicht formuliert.

3 Gemeint ist wohl das männliche »Betreuungspotenzial«.

Institutionelle Reflexivität in bevölkerungspolitischer Absicht

In den Dokumenten und Verlautbarungen zur »nachhaltigen Familienpolitik« fällt die Einigkeit darüber auf, dass die Familienpolitik die Bevölkerungsentwicklung beeinflussen kann. Regierungsberater Rürup schlussfolgert im Kontext einer Bestandsaufnahme der Familienpolitiken im internationalen Vergleich, dass die politische Steuerungsfähigkeit des Reproduktionsverhaltens von Menschen – in positiver wie negativer Hinsicht – außer Frage stehe (Rürup/Gruescu 2003: 47). Das Bundesfamilienministerium in Allianz mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) artikuliert den Steuerungsoptimismus etwas vorsichtiger:

»Eindeutige Effekte der Familienpolitik auf die Geburtenrate konnten bisher nicht empirisch nachgewiesen werden. Die Menschen bekommen Kinder nicht allein wegen des Kindergeldes oder weil Kinderbetreuung angeboten wird. Dennoch bestehen Plausibilitäten, wie ein Blick in andere Länder zeigt. (...) Die Art der Ausgestaltung der Elternzeit, die Kinderbetreuungsinfrastruktur und die Besteuerung (Haushalts- versus Individualbesteuerung) sind wichtige Ansatzpunkte, wie ein Staat das Verhalten der Familien beeinflusst.« (BMFSFJ u.a. 2004: 17, 19)

Auch Bertram u.a. zeigen sich überzeugt davon, dass die Generativität zumindest mittelbar politisch gesteuert werden kann. Zwar gäbe es keine direkten Effekte einzelner Maßnahmen im Sinne einer Kausalität zur Steigerung von Geburtenraten, denn schließlich seien und blieben Einstellungen von jungen Frauen und Männern zu Kindern und Entscheidungen für ein Kind persönliche Entscheidungen, die sich aus vielen Motiven speisten.

»Wenn aber eine Familienpolitik (...) als intelligente Mischung aus Zeitoptionen, entwickelten Infrastrukturangeboten und Geldtransfers gestaltet wird, dann zeigt der Staat, dass er die unterschiedlichen Präferenzen und Lebensentwürfe in seinen familienpolitischen Leistungen so gleichwertig behandelt, dass sich junge Frauen und Männer abhängig von den eigenen Präferenzen für einen bestimmten Lebensstil für Kinder entscheiden können.« (Bertram u.a. 2005a: 39f.)

Der Staat habe sich in einer demokratischen Gesellschaft gegenüber den persönlichen Lebensentwürfen seiner Bürger neutral zu verhalten, aber es dürfe nicht übersehen werden, dass er selbst die Lebensentscheidungen seiner Bürger (und Bürgerinnen!) massiv durch institutionelle Vorgaben beeinflusse. Diese Einschätzungen lassen sich als Empfehlungen zur bevölkerungspolitisch orientierten Reform des Staats lesen.

Die »nachhaltige Familienpolitik« ist insofern institutionell reflektierte Politik, als sie begriffen hat, dass die Generativität in einer postnaturalen Gesellschaft durch und durch vergesellschaftet ist (Giddens 1993: 45). Ob, wann und wie viele Kinder die Bürgerinnen und Bürger bekommen, wird in diesem Politikkonzept als eine Frage der freien Entscheidung beziehungsweise der Präferenz von Individuen ange-

sehen. Diese Entscheidung beziehungsweise Präferenz soll freilich durch entsprechende Anreize in Form von politischen Maßnahmen indirekt gesteuert werden. Mit dem Ziel der Förderung der Familiengründung und der staatlicherseits zum Bestandserhalt der Bevölkerung angestrebten Kinderzahl ist ein umfangreicher Umbau des deutschen Wohlfahrtsstaats in Gang gesetzt, in dem gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen so verändert werden (sollen), dass Menschen, insbesondere besser Gebildete und besser Verdienende, ihr generatives Handeln verändern und Verantwortung für den demographischen Fortbestand der Gesellschaft übernehmen.

Dabei handelt es sich in politischer Hinsicht weniger um einen Prozess des »Zähmens und Schützens« der »Natur« vor den Menschen, als vor allem um einen Versuch des »Korrigieren und Transformierens« der gesellschaftlich in Deutschland gegenwärtig realisierten Praxis der Generativität. Das dieser Politik zugrunde liegende Menschenbild ist das eines *homo oeconomicus*, vor allem das einer rational handelnden und gebildeten Frau, die sich an ihre »eigentliche Natur« erinnert und in sozialer Verantwortung Kinder gebärt und erwerbstätig ist – zum Wohle der Gesellschaft und des Staates. En passant scheint dabei nun angesichts eines sich künftig eventuell. verringernden Wirtschaftswachstums auch politisch möglich werden zu können, was in der alten Bundesrepublik aus emanzipatorischen Interessen seit den 1970er Jahren – dem Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs – von Frauen gefordert aber bisher nicht realisiert wurde und was in der DDR seither aus ökonomischen Interessen politisch verwirklicht war: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, als Teil einer pronatalistischen Politik in einer perspektivisch »implodierenden Gesellschaft« (Rürup/Gruescu 2003: 19).

Literatur

- Allmendinger, Jutta/Dressel, Kathrin (2005), »Familien auf der Suche nach der gewonnenen Zeit«, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 55 (B23-24), S. 24–29.
- Baumert, Jürgen/Schümer, Gundel (2001), »Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb«, in: Deutsches PISA-Konsortium (Hg.), *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*, Opladen, S. 323–410.
- Bertram, Hans/Rösler, Wiebke/Ehlert, Nancy (2005), *Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Berlin.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2005), »Familienpolitik der Bundesregierung«, in: *Das Online-Familienhandbuch*, http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Programme/a_Familienpolitik/s_399.html (2. Oktober 2006).

- BMFSFJ u.a. (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)/Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.) (Hg.) (2004), *Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor*, Bonn.
- BMGS (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung) (Hg.) (2003), *Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission*, Berlin.
- Bundesregierung (o.J./2006), *Stellungnahme zum Siebten Familienbericht »Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik«*, o.O., <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie,did=75160.html> (24. September 2006).
- Deutscher Bundestag (2002), *Schlussbericht der Enquête-Kommission »Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik«*, BT-Drucksache 14/8800, Berlin.
- Deutsches PISA-Konsortium (Hg.) (2001), *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*, Opladen.
- Gauthier, Anne Hélène (1996), *The State and the Family. A Comparative Analysis of Family Policies in Individualized Countries*, Oxford.
- Geißler, Rainer (2005), »Die Metamorphose der Arbeitertochter zum Migrantensohn. Zum Wandel der Chancenstruktur im Bildungssystem nach Schicht, Geschlecht, Ethnie und deren Verknüpfungen«, in: Berger, Peter A./Kahlert, Heike (Hg.), *Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert*, Weinheim/München, S. 71–100.
- Giddens, Anthony (1993), *Wandel der Intimität. Sexualität, Liebe und Erotik in modernen Gesellschaften*, Frankfurt a.M.
- Giddens, Anthony (2001), *Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert*, Frankfurt a.M.
- Hakim, Catherine (2000), *Work-lifestyle Choices in the 21st Century: Preference Theory*, Oxford.
- Hausen, Karin (1976), »Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere« – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben«, in: Conze, Werner (Hg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen*, Stuttgart, S. 363–393.
- Kahlert, Heike (2006), »Emanzipation in der schrumpfenden Gesellschaft. Der Geburtenrückgang im Fokus der aktuellen Debatten über den demographischen Wandel im deutschen Wohlfahrtsstaat«, *Berliner Debatte Initial*, Jg. 17, H. 3, S. 9–23.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005), *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt a.M.
- Kreisky, Eva (o.J.), »Paradise lost«, *Das patriarchale Familienmodell in der Krise?*, Wien, http://evakreisky.at/onlinetexte/familie_kreisky.php (20. August 2006).
- Kreisky, Eva/Löffler, Marion (2003), »Staat und Familie: Ideologie und Realität eines Verhältnisses«, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 32, H. 4, S. 375–388.
- Oestreich, Heide (2005), »Surfen auf dem Megatrend«, *die tageszeitung* vom 15. September 2005, S. 11.
- Ostner, Ilona (2006), »Paradigmenwechsel in der (west)deutschen Familienpolitik«, in: Berger, Peter A./Kahlert, Heike (Hg.), *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*, Frankfurt a.M./New York, S. 165–199.
- Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2003), *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Berlin.
- Sachverständigenkommission (Sachverständigenkommission Siebter Familienbericht) (2005), *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*.

- Siebter Familienbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Berlin.
- Schmidt, Renate (2005), »Vorwort«, in: Bertram, Hans/Rösler, Wiebke/Ehlert, Nancy, *Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Berlin, S. 3.
- Schmidt, Renate/Sagenschneider, Marie (2004), »Familienministerin warnt vor »Bildungskatastrophe«. Interview mit Renate Schmidt, Bundesfamilienministerin (SPD)«, *DeutschlandRadio Berlin* vom 21. April 2004, http://www.dradio.de/dlr/sendungen/interview_dlr/257448/ (27. Mai 2006).
- Schwinger, Elke (1997), »Familie als »Natur. Über die Fürsorglichkeit und Gesellschaft«, *Universitas*, Jg. 52, H. 612, S. 551–559.
- Sektion (Sektion »Politische Soziologie«) (o.J./2005), *Call for papers für die Veranstaltung »Die Natur der Politik und politischer Institutionen«*, o.O.
- Siems, Dorothea (2004), »Für mehr Kinder bricht Renate Schmidt Tabus«, *Die Welt* vom 15.09.2004, <http://www.welt.de/data/2004/09/15/332438.html?prx=1> (27. Mai 2006).
- Wissenschaftlicher Beirat (Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen) (2002), *Die bildungspolitische Bedeutung der Familie – Folgerungen aus der PISA-Studie*, Stuttgart.